

**Stadtrat der Stadt  
Sangerhausen**

**Sangerhausen, 11.05.2015**

**Niederschrift der 8. Ratssitzung vom 16.04.2015**

**Ort:** in der Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33  
**Tag:** 16.04.2015  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Ende:** 19:50 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann  
 29 Stadträte

Herr Thomas Klaube	CDU
Herr Udo Lucas	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr André Schröder	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS

Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN

<b>entschuldigt fehlten:</b>	Herr Harald Oster Frau Käthe Milus Herr Jens Warnke	FDP B.I.S. / FBM B.I.S. / FBM	
<b>verspätet erschienen:</b>	Herr Harald Koch Frau Antje Rödiger Herr Udo Schwarz Frau Karoline Spröte	DIE LINKE. SPD / DIE GRÜNEN FDP DIE LINKE	17:10 Uhr 16:15 Uhr 16:40 Uhr 16:15 Uhr
<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	Frau Christine Block Herr Siegmur Hecker Frau Antje Rödiger Herr Holger Scholz Herr Udo Schwarz	SPD / DIE GRÜNEN BOS SPD / DIE GRÜNEN CDU FDP	18:00 Uhr 18:10 Uhr 18:00 Uhr 19:10 Uhr 18:40 Uhr
<b>sachkundige Einwohner:</b>	Herr Veit Baeske Herr Michael Dietrich Herr Peter Dietrich Herr Uwe Hornickel Frau Sonja Hund Herr Patrick König Frau Ulrike Lange Herr Karl-Heinz Mehmel Herr Eberhard Nothmann Frau Iris Reiche Herr André Röthel Herr Lothar Sanftleben Herr Axel Sell		
<b>Ortsbürgermeister:</b>	-		
<b>stellv. Ortsbürgermeister:</b>	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
<b>Stadtverwaltung:</b>	Herr Torsten Schweiger  Herr Udo Michael Frau Katharina Biller Frau Marina Becker  Frau Melanie Tanzer Frau Gabi Hochhäuser	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Leiterin Rechnungsprüfungsamt Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften Ratsbüro Ratsbüro	
<b>Tagungsleitung:</b>	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

## Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 6. Ratssitzung vom 29.01.2015
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 7. Ratssitzung vom 05.03.2015 (wird nachgereicht)
- 4. Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 u. 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates**
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 7.1 2. Änderung der Anlage 2 - Straßenreinigungsverzeichnis - zur Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst
  - 7.2 Änderung der Gebietsgrenze im Bereich der Gemarkung Oberröblingen zur Gemarkung Niederröblingen
  - 7.3 Beschluss zur Auslegung und Trägerbeteiligung Bbauungsplan Nr. 34 "Sondergebiet Photovoltaik - ehemaliges Minoltanklager Oberröblingen"
  - 7.4 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die turnusmäßige überörtliche Prüfung der Stadt Sangerhausen 2007-2013
  - 7.5 1. Änderung der Benutzungs- und Kostenbeitragsatzung für Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung
  - 7.6 Genehmigung von überplanmäßigen Mehraufwendungen gemäß § 104 (1) des KVG LSA in Höhe von 30.000,00 € für das Amtsblatt "Sangerhäuser Nachrichten" (Produkt 11180100, Sachkonto 54310000)
  - 7.7 Arbeitsauftrag zur Haushaltskonsolidierung durch Privatisierung von Bauhofleistungen
- 8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**
- 9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
  - 9.1 Erteilung einer Belastungsvollmacht für das Grundstück der ehemaligen Grundschule Grüner Born 16 in Sangerhausen, OT Obersdorf
- 10. Informationsvorlage in nichtöffentlicher Sitzung**
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 8. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 29 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1 - 8 und 11 werden in öffentlicher Sitzung behandelt.  
Die TOP 9 - 10 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

*Herr Skrypek:* Die Verwaltung schlägt vor die Tagesordnung um TOP 10.1 - Information über gefasste Beschlüsse des Wasserverbandes Südharz am 01.04.2015 zu ergänzen.

### **Abstimmung über die geänderte Tagesordnung**

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

### **Glückwunsch zum Geburtstag**

*Herr Skrypek und Herr Poschmann* gratulieren Herrn Udo Lucas im Namen der Stadträte nachträglich zu seinem Geburtstag.

## **3. Genehmigung von Niederschriften**

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 6. Ratssitzung vom 29.01.2015

### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 7. Ratssitzung vom 05.03.2015

### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

#### 4. **Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 u. 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates**

*Herr Skrypek:*

Nach § 49 (3) i.V.m. § 47 (1) KVG LSA schlägt die CDU-Fraktion vor, Herrn Uwe Hornickel wohnhaft in Sangerhausen, Ortsteil Gonna, Gonnaer Hauptstraße 63, als sachkundigen Einwohner in den Schul- und Sozialausschuss zu berufen.

#### **Abstimmung über die Berufung**

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

*Herr Skrypek* verpflichtet den anwesenden Herrn Uwe Hornickel als sachkundigen Einwohner, indem er folgenden Verpflichtungstext verliest:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest: Das Herr Hornickel schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt wurde und hat die Kenntnisnahme durch seine Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärungen liegt vor.

Damit ist die Verpflichtung von Herrn Hornickel gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

#### 5. **Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht wurde heute verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.04.2015 zugeschickt.*

16:15 Uhr  
Frau Spröte kommt = 31

#### 6. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

keine Wortmeldung

16:30 Uhr  
Frau Hahn kommt = 32

## **7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **7.1 2. Änderung der Anlage 2 - Straßenreinigungsverzeichnis - zur Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst**

Begründung: Herr Schweiger

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **11 Ortschaftsräte stimmten zu.**

**1 Ortschaftsrat** stimmte unter einer Maßgabe zu (Wippra)

**1 Ortschaftsrat** stimmte mit einer Bedingung zu (Riestedt)

**1 Ortschaftsrat** stimmte nicht über den TOP ab

*Frau Rauhut* fragt, wann die Kehrmaschine durch im OT Wippra durch die Hauptstraße fahren werde. Zu Ostern habe es so sehr schlimm ausgesehen, dass viele Bürger die Straße selbst kehrten. Sie weist darauf hin, dass die nächst größere Veranstaltung in Wippra am 30.04.15 sei und sie darauf hoff, dass die Straße spätestens bis dahin gesäubert sei.

*Frau Rödiger* merkt als Bewohnerin der Mogkstraße an, dass sich die Anwohner in einer Bürgerversammlung an den Oberbürgermeister eindeutig gegen die dortigen Grünanlagen gewandt hätten. Seitens der Stadt sei die Übernahme der Pflegearbeiten zugesichert worden. Auch habe sie Herrn Schweiger daraufhin angesprochen. Es könne nicht sein, dass die Pflege auf die Anlieger abgewälzt werde. Sie erwarte eine Stellungnahme.

*Herr Schweiger* Zu Wippra: Bei der benannten Straße habe man sich auf die Reinigung von einem Mal pro Quartal verständigt. Wichtig sei, mit dem Ortsbürgermeister den passenden Zeitpunkt der Reinigung zu bestimmen. Wenn, wie geäußert eine Veranstaltung anstehe, müsse man für dieses Quartal die Reinigung vorgezogen werden.

Zur Anfrage Grünflächen, Mogkstraße: Grundsätzlich sei die Stadt für die Pflege der Grünflächen zuständig. Es müsse unterschieden werden, dass ein ungenügender Pflegezustand der Grünflächen nicht mit der Straßenreinigung gleichzusetzen sei. Geredet werde hier über die Straßenreinigung. Das bedeute, dass unselbständige Grünanlagen, die im Zuge von Straßen seien, durch die Anwohner mit gereinigt werden müssen. Das Reinigen beschränke sich bei solchen Flächen auf das Absammeln von groben Schmutz und nicht auf die Hege und Pflege der Anlage selbst. Den Hinweis, dass die Stadt der Pflege und Unterhaltung der Grünflächen nachkommen möge, werde er weiterleiten.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die 2. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst in der Stadt Sangerhausen.*

*Die Änderungen treten mit der Veröffentlichung in Kraft.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen=		1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **7.2 Änderung der Gebietsgrenze im Bereich der Gemarkung Oberröblingen zur Gemarkung Niederröblingen**

Begründung: Herr Schweiger

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### ***Beschlusstext:***

*Der Stadtrat stimmt der Änderung der Gebietsgrenze im Bereich der Gemarkung Oberröblingen zu den Gemarkungen Einzingen und Niederröblingen im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens Niederröblingen A 38 (Verfahrens-Nr. 61-7 SGH 013), wie in beiliegender Karte / Anlage vorgeschlagen, zu.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen=		0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### 7.3 **Beschluss zur Auslegung und Trägerbeteiligung Bebauungsplan Nr. 34 "Sondergebiet Photovoltaik - ehemaliges Minoltanklager Oberröblingen"**

Begründung: Herr Schweiger

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat billigt den Entwurf des Bebauungsplans Nr.34 "Sondergebiet Photovoltaik - ehemaliges Minoltanklager Oberröblingen" und beschließt ihn gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die gleichzeitige Beteiligung der Behörden und Nachbargemeinden soll erfolgen.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

16:40 Uhr  
Herr Schwarz kommt = **33**

### 7.4 **Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die turnusmäßige überörtliche Prüfung der Stadt Sangerhausen 2007-2013**

Begründung: Frau Biller

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.



Herr von Dehn-Rotfelser liest vor

"Sehr geehrte Stadträte, meine Damen und Herren, dem Stadtrat liegt der Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die Stadt Sangerhausen zur Kenntnis vor. Geprüft wurde der Zeitraum 2007 - 2012. Der Prüfbericht ist wie ein Zeugnis über ein Schüler über seine Entwicklung in einem Zeitraum mit Noten und verbalen Bewertungen. Am Ende steht die Empfehlung, ob das nächst höhere Klassenziel erreicht werden kann. Für die BOS ist der Prüfbericht erschreckend, lesen wir doch und das von offizieller Seite, wie die Fähigkeiten der Stadtverwaltung zur Haushalts- und Wirtschaftsführung einzuschätzen sind. Der Landesrechnungshof bescheinigt der Stadtverwaltung, dass sie unfähig ist, den strukturellen Fehlbedarf im Haushalt auszugleichen und das seit 2002. Es folgen Lippenbekenntnisse wie Besserungen, Haushaltssperrungen und viele Konsolidierungsmaßnahmen. Der Zustand kann nicht verändert werden. Es ist mehr als bedenklich, wenn ein Schüler aus eigener Kraft das nächst höhere Klassenziel nicht erreichen kann, das kommt einem familiären Notstand gleich. Kommunalpolitisch ist es verantwortungslos, wenn die Stadt Sangerhausen seit 2002 nicht in der Lage ist, den Finanzhaushalt auszugleichen und für die Bürger ist es keine Perspektive, wenn die Stadt nur durch jährliche Kassenkredite überlebensfähig ist. Heute sind es ca. 33 Mio. Euro Schulden und bis 2019 wird der Schuldenberg auf 43 Mio. anwachsen. Der Prüfbericht über das Vergabewesen liest sich auf den 85 Seiten wie ein Krimi. Das Vergabewesen weist gravierende Mängel auf. Es scheint mir die Spitze eines Eisberges angedeutet zu werden. Ich darf schlagwortartig zitieren: Es fehlen bis heute eine zentrale Vergabestelle, obwohl der Gesetzgeber eindeutig die Forderung stellt. Die Pflichten zur Ausschreibung und Angebotsauswertung werden in unzureichendem Umfang wahrgenommen. Aufträge werden rechtswidrig erteilt. Geprüfte Unterlagen werden lose in Mappen aufbewahrt. Von einer vollständigen Aktenlage kann nicht gesprochen werden. Und meine Damen und Herren, wenn im Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen gravierende Mängel bei der Durchführung des Vergabewesen festgestellt werden, dann arbeitet dieser Bereich seit Jahren in einer Grauzone, in dem er sich den gesetzlichen Normen entziehen kann. Die vorhin angekündigten Sofortmaßnahmen des Rechnungsprüfungsamtes soll eine neue Vergabeordnung erarbeiten, verstößt auch schon wieder gegen geltendes Recht. Denn der § 140 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt benennt eindeutig die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes. Seit Jahren fordert der Landesrechnungshof von der Stadtverwaltung eine Antikorruptionsrichtlinie auszuarbeiten. Warum, weil wir wissen die Arbeit im Graubereich leistet der Korruption Vorschub. Es ist nicht hinzunehmen, dass der Bereich Vergabewesen unzureichend oder nicht kontrolliert wird. Der Bereich Vergabewesen arbeitet autark neben der Gesetzlichkeit ohne Tiefenkontrolle durch den Oberbürgermeister. Was gedenken Sie zu tun. Nicken Sie den Zustand ab oder gehen Sie zur Tagesordnung über? Wir erwarten von ihnen, dass Aufsichtspflichten wahrgenommen werden und die Gesetzlichkeit hergestellt wird. Der Landesrechnungshof stellt bei den Anteilseignern fest und ich zitiere wörtlich: ... die Stadt ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Einrichtung eines Beteiligungsmanagements bisher nicht ausreichend nachgekommen ist. Eine Beteiligungsrichtlinie ist bis heute nicht erlassen worden. Sie soll Verantwortlichkeiten festlegen und Transparenz schaffen und die Mandatsbetreuung, das Personalmanagement und das strategische Beteiligungsmanagement herausgelöst sind und offensichtlich von einer kleinen Gruppe von Entscheidern geführt wird. Stadtintern wird von einer Troika gesprochen. Offensichtlich akzeptiert die Stadtverwaltung eine parallele Führungsstruktur, in dem die wichtigen Themen von dieser Troika entschieden werden. Der Landesrechnungshof stellt weiterhin fest, dass die Stadt die Gesellschafterverträge bei einzelnen Unternehmen endlich mit den gesetzlichen Vorgaben in Übereinstimmung zu bringen hat. Der Gesellschaftervertrag mit der SWV und ich zitiere wörtlich .... entspricht nicht einmal den gesetzlichen Mindestanforderungen. Der Bericht liest sich spannender als mancher Tatort. Hier wird der

*Nachweis erbracht. Es fehlen Transparenz der Finanzströme, es fehlen Kapitalzuführungen und -entnahmen. Es fehlen die Gesamtbezüge der Geschäftsführungen.*

*Meine Damen und Herren, was ist da los? Wie kann eine solche Situation entstehen, was ist das schief gelaufen?. Wir sehen die Situation so, hier wird oberflächlich und leichtsinnig gearbeitet, hier werden gesetzliche Vorgaben wissentlich missachtet, hier wird nicht geführt, hier schaut man den Dingen einfach nur zu. Es gibt eine mangelhafte Transparenz. Hier wird nach den Champignonprinzip gearbeitet. Alles im Dunkeln halten und wenn einer durchbricht, dann wird er gepflückt. Sehr geehrte Stadträte, ein solcher Bericht kann nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Hier müssen Festlegungen und Sanktionen folgen. Die Stadtverwaltung wird durch den Prüfbericht bescheinigt, dass sie nicht fähig und gewillt ist, die nächst höhere Klassenstufe zu erreichen. Wir sind gespannt auf die abschließende Stellungnahme des Oberbürgermeisters an den Landesrechnungshof zum 30.04.2015."*

*Herr Poschmann:* Um zu allem Stellung nehmen zu können möchte er das eben vorgetragene in schriftlicher Form haben. Im Kontext betrachte er dies als starken Tobak. Er betone, dass vom Landesrechnungshof Hinweise gegeben wurden, die nicht gesetzlich vorgeschrieben seien. Die Verwaltung dafür verantwortlich zu machen, dass diese für das strukturelle Defizit im Haushalt seit 2002 verantwortlich sei, empfinde er als eine unerhörte Behauptung. Er betone nochmals, dass der Gesetzgeber keine Vergabestelle fordere. Ebenso sei eine Antikorruptionsrichtlinie keine Gesetzgeberforderung. Der Landesrechnungshof mache lediglich darauf aufmerksam, dass es angemessen sei, eine solche zu haben. Immer wieder sei die Verwaltung angehalten worden, Personal abzubauen. Dieses wurde umgesetzt. Der Landesrechnungshof erwarte jedoch, dass vermehrt Qualitäten erbracht werden müssten. Beteiligungsrichtlinien, Herr von den Rotfelser, als langjähriger Aufsichtsratsmitglied müsse wissen, wie damit umgegangen werde. Insbesondere müsse er das Problem mit der SWV kennen. Oftmals wurde es bereits erörtert. als sehr unverschämt finde er es in die Welt zu setzen, dass es eine Troika gebe. Er bitte um die Benennung von "Ross" und "Reiter".

*Herr Hüttel:* Im Finanzausschuss habe man sich Gedanken gemacht und man werde analog der Ansprache im gestrigen Hauptausschuss sich in der nächsten Sitzung des Themas annehmen. Der Ausschuss werde eine Abarbeitungsliste erstellen. Problematisch an der Aussage von Herrn von Dehn Rotfelser finde er, dass sich die Stadträte von der Finanzpolitik von Land und Bund geißeln ließen. Dies funktioniere nicht. Recherchen seinerseits in der Finanzabteilung der Verwaltung haben zeigen auf, was in den letzten Jahren an Einsparungen erreicht wurden. So weise die erste Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes noch ein kumulativen Fehlbetrag im Jahr 2017 von 54,7 Mio.€ auf. Der aktuelle kumulative Fehlbetrag seinen 26,3 Mio.€ für das Jahr 2017 und 27,4 für das Jahr 2019. Das heiße, man werde bis zum Jahr 2019 27,3 Mio.€ eingespart haben. Man habe in den Jahren 2010 bis 2017 10,8 Mio. € Tilgungen für Kredite geleistet. Er stelle fest: Die Stadt und die Stadträte hätten genügend getan, um dieses Defizit auszugleichen. Überhaupt nicht verstehen könne er das "Schlachten" der Gesellschaften. Wenn man nun anfangen, die Gesellschaften zu "Schlachten" um die Mittel in die einmalige Konsolidierung reinzustecken, sei definitiv der falsche Weg.

*Frau Rauhut:* Ihr gehe es um die drastische Steigerung der freiwilligen Aufgaben für die Jahre 2010 bis 2012. Sie sei der Auffassung, dass diese der inneren Verrechnung geschuldet sei. Fragt den Oberbürgermeister inwieweit die Möglichkeit bestehe, die innere Verrechnung nur noch für die pflichtigen Aufgaben festzulegen. Wenn die freiwilligen Aufgaben auf Grund des Verrechnungsmodus so immens in die Höhe schnellen, seien allen die Hände gebunden und man könnte überhaupt nicht mehr an freiwilligen Aufgaben unternehmen.

*Herr Poschmann* :Darüber habe man damals im Bauhofausschuss bereits ausgiebig diskutiert. Man sei sich darüber im Klaren gewesen, dass gegenüber dem Landesrechnungshof Erklärungsbedarf bestehen werde. Die Handhabe der inneren Verrechnung werde nicht in vielen Städten angewandt. Aber für die eigene Transparenz sei für sein dafürhalten die beste Lösung. Man habe dazu Stellung bezogen. Auch die Kommunalaufsicht werde sicher zu einigen Punkten Erklärungsbedarf haben, eine Anhörung fordern und man werde weitere Informationen liefern müssen. Wenn tatsächlich festgestellt werden würde, dass die Stadt gegen geltendes Recht verstoßen habe, könnte es auch sein, dass es eine Anordnung geben werde. Er bestätige, dass alles unternommen werde, alles nach besten Wissen und Gewissen abzuarbeiten. Wo gearbeitet werde, könnten Fehler passieren. In diesem Zusammenhang erinnere er an eine Abstimmung aus dem gestrigen Hauptausschuss. Er selbst sei nicht dabei gewesen, doch erfolgte diese Abstimmung zu einer Vergabe politisch. Hier könne es passieren, dass es eines Tages in einem Prüfbericht stehe. Wenn ihm nun hier Munkerei und Troika unterstellt werde, dann projiziere man in ihm, dass er Widerspruch gegen solche, nicht ganz eindeutigen Beschlüsse, aber ohne Schaden an die Stadt, einlegen werde. Er plädiere dafür, die Sachen sachgerecht zu bewerten und nicht mit Unterstellungen zu hantieren.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat nimmt den Bericht des Landesrechnungshofes über die turnusmäßige überörtliche Prüfung der Stadt Sangerhausen sowie die Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten zur Kenntnis. Eine Wertung des Inhaltes ist damit nicht verbunden.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

**17:05 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

**Anfragen des Bürgers und Stadtrates Herrn Norbert Jung, Sangerhausen, Kylische Straße 16**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Skrypek weist darauf hin, dass Herr Jung Stadtrat und natürlich auch Bürger der Stadt sei. Als Stadtrat habe er jederzeit die Möglichkeit, unter TOP 6 Anfragen zu stellen.

*Herr Jung:* Die neuen Öffnungszeiten von Bibliothek und Bürgerbüro finde er schwierig. Er habe auch mit den Bibliotheksmitarbeitern gesprochen. Nur einmal wöchentlich sei bis 18:00 Uhr und samstags gar nicht mehr geöffnet. Als Arbeitnehmer habe er kaum eine Chance, die Angebote zu nutzen. Er fragt, ob es sich hier um eine Einführungsfrist handle, oder ob eine Erweiterung der Öffnungszeiten geplant sei.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

Die begrenzten Öffnungszeiten sollen bis zum Umzug in das Bahnhofsgebäude als Übergangslösung aufrechterhalten bleiben. Man habe unter den entsprechenden Gegebenheiten versucht, Möglichkeiten zu finden. Ob die Öffnungszeiten ausreichend seien, oder nicht, könne er zum jetzigen Zeitpunkt spontan nicht beantworten. Sicherlich seien es Einschränkungen. Besonders im Stadtbüro fehlten schon ein paar Öffnungszeiten. Das habe man gemerkt. Aber bislang spüre er nicht, dass es nicht gehe. Er werde das Ganze nochmal insgesamt analysieren. Eine abschließende Antwort sichere er ihm zu.

### **Anfragen des Bürgers Herrn Axel Sell**

Es gehe ihm um den Parkplatz an der ehemaligen Maschinenfabrik. Mitglieder der angrenzenden Kleingartenanlage haben bereits im vorigen Jahr angemerkt, dass sich der Parkplatz in einem unordentlichen Zustand befände. Dieser Zustand habe sich seit dem letzten Herbst zunehmend verschlimmert. Der Überlauf an der unteren Wiese sei noch nicht freigemacht. Notwendiger Verschnitt der Akazien sei ausgeblieben. Es wäre eine Frage der Zeit, wenn durch Astbruch Lauben Schaden nehmen würden.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

Die vorgenannten Schilderungen seien sehr konkret. Die angesprochenen Probleme nehme er mit. Es werde dazu ein Vor-Ort-Termin anberaumt. Reaktion der Verwaltung werde zugesichert.

17:10 Uhr  
Herr Koch kommt = 34

## **7.5 1. Änderung der Benutzungs- und Kostenbeitragsatzung für Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung**

Begründung: Herr Michael

*Herr Hüttel:* Als Berechnungsgrundlage habe die Stadt seine kostengünstigste Einrichtung im Krippenbereich zu Grunde gelegt. Er habe die Zahlen verglichen und dabei festgestellt, dass der Kindergarten im OT Wippra im Gegensatz zu Oberröblingen günstiger sei. So müsste beim Kindergarten der Wippraer Beitrag und bei Krippen der Oberröblinge Kostensatz zu Grunde gelegt werden. Fragt ob die Möglichkeit bestehe, den Stadträten die Durchführungsbestimmungen KiföG zur Verfügung zu stellen, um nachzuvollziehen zu können auf was sich der Landkreis beziehe. Warum er bestimmte Forderungen habe, die gar nicht im Gesetz stünden.

*Herr Michael* antwortet. Die Forderungen seien nicht vom Landkreis, sie stünden im Gesetz. Der Umkehrschluss der Sache mindestens 50% Gemeindeanteil sei, dass die Eltern nicht höher als 50% beteiligt werden sollten. Der Landkreis fordere im Moment auch nur das ein, was aus dem Gesetz heraus die Forderung schon sei. Die gewünschten Unterlagen werde er zur Verfügung stellen.

*Herr Koch:* Er denke, man sollte heute schon über einige Dinge sprechen und sich nicht auf die 2. Lesung und Entscheidung verlassen. Im Finanzausschuss habe er die Frage gestellt, ob es ihnen als Stadtrat nach dem Gesetz untersagt sei, wieder einen einheitlichen Beitrag festzulegen. Ein Verbot gäbe es nicht, wurde geantwortet. Fraglich sei, ob der Beitragssatz wirklich erhöht werden müsse und ob den Eltern diese Erhöhung zugemutet werden sollte. Dabei spiele es eine große Rolle, welche finanziellen Auswirkungen es auf den Haushalt haben werden. Auf der einen Seite würde mit Planzahlen und auf der anderen Seite mit Ist-Zahlen kalkuliert. Die Planzahlen seien noch nicht so vorausberechenbar, wie sie im Ist sein würden. Er schlage vor, dass seitens der Verwaltung auch die Variante der gleichbleibenden Beiträge mit auf den Tisch gelegt werde und somit den Stadträten die Möglichkeit gebe, zu entscheiden.

*Frau Kümme:* Dank an Frau Liesong zur Favorisierung des warmen Mittagessens in den Einrichtungen. Sie erinnere an einen Vorschlag ihrer Fraktion zum kostenlosen Mittagessen in den Einrichtungen. Damit wäre für alle Kinder gesichert, eine warme Mahlzeit zu bekommen. Wenn für die Eltern die Finanzierung der Essensversorgung wegfallen würde, könne eine Platzkostenbeitragserhöhung leichter verkraftet werden.

*Herr Schmidt:* Um den kommunalen Bereich und die privaten Einrichtungen vergleichen zu können benötige man die gleichen Voraussetzungen. Er habe bedenken, das zum jetzigen Zeitpunkt gleiche Voraussetzungen geschaffen seien. Er wünsche sich in diesem Punkt eine offene Diskussion und verlange, dass auch von den privaten Einrichtungen genaue Zahlen vorgelegt werden. Es müsse daraus eindeutig hervorgehen, wieviel der Platz koste.

*Herr Michael:* Die Platzkosten jeder einzelnen Einrichtung wurden komplett an jede Fraktion 1 x versandt. Diese müssten bereits vorliegen. Könnten jedoch an ihm noch mal ausgehändigt werden. Zu den Verpflegungskosten lt. KiföG § 13(6) regle abschließend, dass die Verpflegungskosten die Eltern zu tragen hätten.

*Herr Kemesie:* Bei den versandten Unterlagen an die Fraktionen fehlten die Kostenaufschlüsselungen der freien Träger. Die Enthaltung der Zahlen bürge bei ihm das Gefühl der Unstimmigkeit bzw. habe einen Beigeschmack. Besser sei die Offenlegung aller Zahlen. Er plädiere dafür, bevor eine Entscheidung getroffen werde, die Kosten komplett und detailliert offenzulegen.

*Frau Liesong:* Möchte den Tenor der Diskussion im Sozialausschuss darlegen. Der Ausschuss habe eine Besichtigung der Bibliothek am Übergangstandort vorgenommen und festgestellt, dass die verminderten Öffnungszeiten nur übergangsmäßig seien und wieder verändert würden. Im Grünen Klassenzimmer fand die Sitzung statt. Leider konnte keine Präsentation des Zahlenwerks stattfinden, da die Technik versagte. Der Tenor des Sozialausschusses sei, die Zuarbeit der Stadt mit dem Vorschlag von Herrn Michael, unterste und oberste Gebühr zu kappen und daraus einen Mittelwert zu errechnen, erreichen. Das heiße, einen Mittelwert schaffen, der für alle Einrichtungen, sowohl für die Stadt, als auch für die privaten Einrichtungen einheitlich sei. So die Hausaufgabe vom Ausschuss an die Stadtverwaltung. Einheitliche Gebühr, wie bislang sollte beibehalten bleiben.

*Herr Michael:* Zuarbeit erfolge, aber der einheitliche Gebührensatz gehe nur wenn man für alle Einrichtungen das gemacht werde, wenn die kostengünstigste Einrichtung aller Einrichtungen genommen werde. Die vorgenannte Kappung könne erfolgen. Man müsse sich dann aber eine Kappungseinrichtung suchen, die von den Kostenbeiträgen den eigenen Intensionen entspreche. In der Zuarbeit werde er dies schriftlich erklären, um somit eine Übersichtlichkeit zu erreichen.

*Herr Schröder:* Die CDU Stadtratsfraktion sehe es schon, dass das KiföG auch die Chance habe, stärker, als es bisher der Fall gewesen sei, Kostentransparenz herbeizuführen. Nicht immer sei das Ergebnis schön, was dabei herauskäme und der Umgang schwierig. Auch sei politischer Gestaltungsspielraum gegeben, denn die Obergrenze der Restkostenbeteiligung von 50 % zeige eine Obergrenze auf. Die Fraktion vertrete die Auffassung, möglichst dafür Sorge zu tragen mit den jetzigen Haushaltsansätzen klar zu kommen. Man sei sich im Klaren, dass künftig Personal- und Sachkosten anwachsen würden, und von der Teuerungsrate als kommunaler Haushalt das zu vereinnahmen oder sozialverträglich mit Augenmaß auch die Eltern durch ihre Beiträge an der Kostenfortschreibung zu beteiligen, würde man immer zu Gunsten der letzteren Variante entscheiden. Deswegen wolle die Fraktion auch dafür sorgen, im Stadtrat eine Mehrheit zu erreichen, dass es die Belastungsobergrenzen nicht geben werde. Man sei offen für Kappungsmodelle.

#### **7.6 Genehmigung von überplanmäßigen Mehraufwendungen gemäß § 104 (1) des KVG LSA in Höhe von 30.000,00 € für das Amtsblatt "Sangerhäuser Nachrichten" (Produkt 11180100, Sachkonto 54310000)**

Begründung: Herr Poschmann

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

*Herr Peche:* Der Beschlusstext solle um das Wort: "maximal" 30 T€ ... ergänzt werden. Er gehe davon aus, dass der Einbringer keine Einwände haben werde, das zu übernehmen.

*Herr Poschmann:* Es müsse ein Haushaltsansatz gebildet werden. Aus diesem Grund schlage er vor, anstatt "maximal" protokollarisch festzuhalten, dass über die nach Ausschreibung nichtbenötigten Mittel wird eine Haushaltssperre verhängen werde. Er müsse zunächst haushalterisch dafür Sorge tragen. Die 30 T€ würden erst einmal reingenommen und man werde nur so viel dafür ausgeben.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt den Mehraufwendungen in Höhe von 30.000,00 € für das Amtsblatt "Sangerhäuser Nachrichten" zu (Produkt 11180100 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sachkonto 54310000 - Geschäftsaufwendungen). Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 42400100 - Sportstätten und Bäder, Sachkonto 54570000 - Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen.*

## Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

18:00 Uhr

Frau Rödiger und Frau Block gehen = 32

### 7.7 **Arbeitsauftrag zur Haushaltskonsolidierung durch Privatisierung von Bauhofleistungen**

Eine Austauschvorlage dazu wurde am 09.04.2015 versandt.

Begründung: Herr Mrozik

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Oberbürgermeister Herr Poschmann als Sitzungsleiter des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **14 Ortschaftsräte stimmten zu.**

*Herr Poschmann:* Er begrüße ausdrücklich diese Beschlussvorlage. Sie setze die Strategie fort, die die Verwaltung vor Eingemeindung gegangen sei. Die Verwaltung habe immer das Ziel gehabt, den Bauhof auf eine schnelle Eingreiftruppe zu reduzieren. Dabei habe man sich von der Personalstärke eine Zielvorgabe gegeben, diese auf 15 Stellen zu reduzieren. Zur Eingemeindung sei die Stellenbelegung bei 20 gewesen, deutlich weniger pro Tausend Einwohner, als man das jetzt sei. Durch die Eingemeindung habe man nochmal 20 Mitarbeiter dazubekommen. Von damals insgesamt 40 Mitarbeitern konnte Personalabbau schrittweise erreicht werden. Man habe dabei immer das Ziel verfolgt, den Personalstand zu halten. Das sei auch aus seiner Sicht immer die Forderung, welche aus den Eingliederungsverträgen ableitbar gewesen sei. Er begrüße erneut die Beschlussvorlage, habe dabei allerdings zwei Einschränkungen: Zum einen, dass es zum Erreichen schon eine Zeit brauche und es Übergangsfristen geben müsse. Man könne nicht Aufträge vergeben, wenn noch keine Stellenreduzierung stattgefunden habe. Eine Steuerung der Stellenreduzierung werde angestrebt. Zum Zeiten. Es müsse Wettbewerb erzeugt werden. Am besten gelänge dies bei der Vergabe der großflächigen Grasmahd. Vergabe der Mahd von Splitterflächen bringe wenig. Er werde dieser Beschlussvorlage zustimmen.

*Herr Mrozik:* Die Aufstellung des Oberbürgermeisters finde er grundsätzlich in Ordnung, aber er könne sich darauf verlassen, dass der größte Teil der Vergabe auf die Ortschaften bezogen sei. Der zu erstellende Katalog von Aufgaben bei Klein- und Splitterflächen könne bei Vergabe durch die Ortsbürgermeister überwacht werden.

*Herr Peche:* Er stimme den Aussagen des Oberbürgermeisters zu. Man könne heute schon ein wesentliches Stück weiter sein. Er denke zurück an das Jahr 2009. Verweist auf drei Ratsprotokolle aus diesem Jahr. Schon damals wollte man in genau die Richtung. Er begrüßt, dass die Fraktion der BOS die Gedanken jetzt ebenso mit aufnimmt und dieses als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weitergebe. Er hoffe, dass nicht nur die Ortschaften, sondern die Gesamtstadt Sangerhausen gesehen werde. Die Fraktion der B.I.S. möchte den Arbeitsauftrag so verstanden wissen, dass bei der Prüfung etc. die Gesamtstadt und nicht nur die Ortschaften gesehen werden.

**Beschlusstext:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, in Vorbereitung einer eventuellen Vergabe eine Kostenanalyse aufzustellen. Diese sollte für die vorgegebenen Winterdienstbereiche die gegenwärtigen Kosten ebenso aufweisen, wie die Kosten der Vergabe getrennt nach Winterdienst und Grünanlagen. Eine Auswertung hierzu ist in der Ratssitzung am 09.07.2015 vorzulegen, so dass im Herbst eine Einarbeitung der Ergebnisse in die 8. Fortschreibung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes erfolgen kann.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-8/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

**8. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**  
**8.1 Information über gefasste Beschlüsse des Hauptausschusses**  
**in der Zeit vom 11.02 - 25.03.2015**

Die Informationsvorlage wurde vor der Sitzung verteilt. Herr Skrypek bittet um Kenntnisnahme.

**18:10 Uhr bis 18:25 Uhr Pause.**

18:10 Uhr  
 Herr Schwarz und Herr Hecker gehen = **30**



- 9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 9.1 Erteilung einer Belastungsvollmacht für das Grundstück der ehemaligen Grundschule Grüner Born 16 in Sangerhausen, OT Obersdorf**
  
- 10. Informationsvorlage in nichtöffentlicher Sitzung**
- 10.1 Information zu Beschlüssen des Wasserverbandes Südharz am 01.04.2015**
  
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 19:50 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Melanie Tanzer  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender